

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 166 B

BERLIN • Sonntag, den 17. Juli 1932

1. JAHRGANG

# SA mordet weiter!

## Zur Provozierung für Belagerungszustand und Reichskommissar.

„Das Ergebnis der Aussprache zwischen dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl und dem Reichspräsidenten in Neudeck ist geeignet, lebhaftes Enttäuschung hervorzurufen. Es steht fest, daß die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen keineswegs die unmittelbare Folge des Besuches ist und daß auch nicht der Ausnahmezustand verhängt wird. Wir bezweifeln auch, daß dem Reichsinnenminister die grundsätzliche Ermächtigung in dieser Richtung erteilt worden ist. Wir befürchten, daß auf Grund der Aussprache in Neudeck das Reichsinnenministerium weiterhin die Verhältnisse prüft und beobachtet.“

So schreibt die scharfmacherische „Berliner Börsenzeitung“. Unter diesem Gesichtspunkt muß man die SA-Aktionen bewerten.

### SA, Polizei, Post.

Nazis und Polizei sind dabei, zu vertuschen, was am vergangenen Sonntag in Ohlau vorgefallen ist. Vor allem sollen folgende, von uns teilweise bereits berichtete Tatsachen vertuscht werden:

SA nahmen nach Listen die Wohnungen sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Funktionäre aufs Korn. Mehrere Frauen wurden in solchen Fällen durch Schüsse durch die geschlossene Tür schwer verletzt (Bauchschuß, Brustschuß). Zeugen, die in der bevorstehenden Verhandlung aussagen wollen, berichten dem „Berliner Tageblatt“:

„Einige Zeugen werden unter ihrem Eid aussagen, daß der SA-Motorradfahrer, der am Sonntag abend, gefolgt von einem Lastkraftwagen mit etwa 100 SA-Leuten in der Stadt erschien, kurz nach 8 Uhr abends vor dem Hause Ring Nr. 18 abstieg und einigen Leuten, die das Abzeichen der Eisernen Front trugen, zurief, als sie nicht daran dachten, den Hitler-Gruß zu erwidern; „Ihr Lärger, wollt ihr nicht Heil Hitler! rufen!“ (Länge ist ein schweres Schimpfwort in schlesischer Mundart.) Als die Republikaner auf diese Provokation nicht reagierten, versuchte es dieser Motorradfahrer auf andere Weise. Er wurde, weil das Lastauto mit seinen Genossen in seiner Nähe angelangt war, frecher und rief: „Hier in dieses Haus ist doch ein Bonze geflüchtet!“

Dann begaben sich die SA-Leute von dem Lastkraftwagen in eine Wohnung im ersten Stock und schossen viermal durch die Tür.“

Ueber die Metzerei, die einige hundert Nazis an dem Gewerkschaftssekretär Manche vollführten (Stiche in Leber, Nieren, Hals; Mund bis an die Ohren aufgeschnitten; mehrere Zähne ausgeschlagen) haben wir berichtet.

Wie sollen diese Tatsachen vertuscht werden?

Der Fememörder

Heines, jetzt schlesischer SA-Führer, erschien

am Donnerstag nachmittag im Hotel „Zum Löwen“ in Ohlau, in dem sich Vertreter der Gewerkschaften und des „Reichsbanners“ zur Untersuchung der Vorfälle in Ohlau aufhielten. Heines sah die Delegierten (Abzeichen der Eisernen Front), ging wieder hinaus zu seinem Auto, wartete, bis die Delegierten das Hotel verließen, um dann mit seinen Begleitern über sie herzufallen und sie blutig zu schlagen. Heines fuhr dann weiter nach Rosenhain zur Beerdigung der beiden am Sonntag getöteten SA-Leute.

Dem Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“, der aus der Telefonzelle eines anderen Hotels am nächsten Tage nach Berlin berichtete, passierte folgendes: Die Tür der Zelle wurde geöffnet, Polizisten und SA-Knechte erschienen, dem Sprecher wurde der Hörer aus der Hand geschlagen und er selber verhaftet. Die Berliner Redaktion, die dann die Verbindung wiederherstellte, hörte nur: „Längst abgeholt von der Polizei!“ „Alles gelingen!“ „Lügenblatt!“ Nachträglich hat sich der Vorsteher des Polizeireviere bei dem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ entschuldigt. Daß das Gespräch im Hotel gehört worden ist, erscheint dem Journalisten nach den Umständen ausgeschlossen.

Die Breslauer Mordkommission und das politische Dezernat der Breslauer Regierung haben

bisher keine Zeugen der Arbeiterorganisationen vernommen. Unter den dreißig bisher Verhafteten sind keine SA-Leute.

Inzwischen sind wieder Reichsbannerarbeiter von SA-Leuten niedergeschlagen worden (am Donnerstag).

Diese Vorgänge zeigen eine enge Fühlung von NS, Polizei und Post (Abhören des Telefongesprächs).

### An seinem Bauchschuß starb

der 30jährige Sozialdemokrat Heinke in Hagenow (Mecklenburg). Er hatte die Verletzung am vergangenen Sonntag von SA erhalten. Das ist das dritte Todesopfer von Hagenow.

### Auf das Gewerkschaftshaus in Halle

unternahm am Freitag etwa hundert Gelbkreuzler einen Ueberfall. Die Hauswache schlug die Nazis zurück, brachte ihnen zwei Schwerverletzte bei. Die Verteidiger hatten einige Leichtverletzte.

### SA-Führer drohen mit mehr Mord.

Straßer

(am Freitag in Bielefeld) warnte die Regierung, den „kommunistischen Terror“ länger auf deutscher Erde zu dulden. Es könne sich nur noch um Tage handeln, bis der Bogen überspannt sei. Wenn die Regierung nicht handeln könne oder wolle, so werde die nationalsozialistische Bewegung die deutsche Straße selber säubern.

Göring

(am Freitag im Berliner Sportpalast): Das Mordgesindel rechnet noch mit der Disziplin der Nationalsozialisten. Es weiß auch, daß ein Befehl existiert, daß kein SA-Mann eine Waffe führen dürfe (!). Ich sage euch: „Jetzt ist es Schluß! (Lang anhaltender stürmischer Beifall.) Wenn in den nächsten Tagen der Führer aus Ostpreußen zurückkehrt, dann werde ich ihn mit anderen Führern der Partei bitten — ich weiß, daß die Bitte erfüllt wird —, daß dieser Befehl zurückgenommen wird. (Erneuter stürmischer Beifall.) Dreimal 24 Stunden das Notwehrrecht hergestellt, den Braunhemden Freiheit gegeben — und das feige Gesindel verkriecht sich in das letzte Loch. In dreimal 24 Stunden wird die Straße wieder frei sein.“

Frank II

(am Freitag auf dem Schloßplatz in Braunschweig): „Wir schreiben es auf den Himmel, daß wir mit diesem Mordterror ein Ende machen werden und daß wir nicht gewillt sind, auch nur einen einzigen Tag zu warten. Wenn die Reichsregierung nicht imstande ist,

binnen 24 Stunden

in Deutschland die Ordnung dem ordnungsliebenden Staatsbürger zu garantieren, werden wir zur Selbsthilfe gegenüber diesem Mordgesindel schreiten.“

300 Tote habe die Bewegung bisher gehabt, und man werde sie in einer Form rächen, daß man noch nach tausend Jahren davon sprechen werde.

Diese Ankündigungen zum Sonntag haben Polizeioffiziere gehört. Nirgends ist eine Versammlung aufgelöst worden.

Hitler schwieg in Ostpreußen (Gumbinnen und Tilsit) über diese Dinge, überläßt sie den anderen: es wird eine Verteilung der Rollen, eine Art Zeremonie in der NSDAP eingehalten.

### Endlich Aufrufen der Polizei!

In Witten, im Anschluß an schwere Zusammenstöße zwischen SA, „Reichsbanner“, Kommunisten am Donnerstag ist die Polizei dazu übergegangen, diejenigen, bei denen sie Waffen fand, drei Monate in Polizeihaft zu halten. In Witten wurden zwölf Personen auf diese Weise verhaftet.

Dieses Vorgehen stützt sich auf § 17 der Notverordnung vom 14. Juni:

„Wer auf frischer Tat bei einem Verbrechen oder Vergehen betroffen wird, das mittels einer Waffe begangen ist; oder dessen Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe oder unbefugtes Erscheinen mit einer Waffe begründet wird ist in polizeiliche Haft zu nehmen, wenn dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist, und so lange festzuhalten, wie diese Voraussetzung vorliegt.“

Daß jetzt endlich diese Bestimmung zur Anwendung kommt, scheint eine Folge des vor einigen Tagen erlassenen Severing-Aufrufes zu sein. Wenn nur die Polizei die Richtigen nach Waffen durchsuchen würde!

### Die Mobilisierung der Arbeiterwähler.

Von Willi Eichler.

Die Führung der deutschen Arbeiterschaft hat bisher die Einheitsfront der Arbeiter nicht hergestellt. Damit ist gerade der Schritt, ohne den der Sozialismus eine Utopie bleibt, und um den wir uns seit langem eifrig bemühen, was auch von der Mehrzahl der Arbeiter und Funktionäre der Arbeiterschaft eifrig begrüßt und unterstützt worden ist, nicht getan worden.

Das heißt allerdings nicht, daß die Arbeit der Freunde der Einheitsfront, das „Volksbegehren der Arbeiterschaft“, der „Dringende Appell“ und die vielen anderen Einheitsfront-Aktionen nutzlos gewesen sind.

Das Gegenteil ist vielmehr richtig: Der Gedanke der Einheitsfront ist in der Arbeiterschaft derart gewachsen und vertieft worden, daß heute keine Gruppe innerhalb dieser Bewegung mit irgendeinem Programm auftreten kann, ohne sich zu der Einheitsfront der Arbeiterschaft wenigstens in zustimmenden Worten zu äußern. An den Taten fehlt es freilich noch sehr häufig. Und gerade hier müssen alle Schritte getan werden, um, auf der begonnenen Arbeit weiterbauend, alle bisher noch widerstrebenden Instanzen vorwärtszustoßen auf dem Wege, den sie hier und da schon widerwillig und der Not gehorchend, gegangen sind.

Die Wahl am 31. Juli wird also aller Wahrscheinlichkeit nach verschiedene nebeneinander marschierende Heerhaufen der Arbeiterschaft vorfinden. Wie sehr eine gemeinsame Kandidatenliste hier geholfen hätte, die Front der Arbeiterschaft zu verstärken, sei hier nur kurz wiederholt:

1. Die Anhänger aller Arbeiterparteien hätten den Wahlkampf mit mehr Freude und Stoßkraft geführt.
2. Aus demselben Grunde wäre der Stoß der Arbeiterfeinde sicher weniger überheblich und aufdringlich gewesen.
3. Der Wahlkampf hätte sich erheblich billiger einrichten lassen, ein Erfolg, der gerade für die Kassen der Arbeiterschaft, die nicht von Kapitalisten nachgefüllt werden, von ungeheurer Bedeutung ist.
4. Die große Zahl der müden und zermürbten Nichtwähler auf der linken Seite hätte beträchtlich abgenommen.
5. Ueber den Wahlkampf und über den sicheren Gewinn an Mandaten hinaus wären für die Zukunft bei einer vernünftigen und klugen Politik aller Beteiligten feste Ansatzpunkte vorhanden gewesen für eine gewisse Dauerhaftigkeit der Einheitsfront und vielleicht sogar für noch weiterreichende Bestrebungen, die Kampfkraft des Proletariats durch die Zusammenziehung aller einzelnen Streitkräfte auf ein Höchstmaß an Durchschlagsfähigkeit zu bringen.

Was kann von diesen zum Teil verpaßten Möglichkeiten noch zum 31. Juli nutzbar gemacht werden?

Die Arbeiterparteien sollten, da sie schon die Herstellung der Einheitsfront zunächst noch versäumt haben, in ihrer Wahlpropaganda nicht so sehr die Vorzüge der einen Arbeiterpartei gegenüber der anderen herausstreichen als vielmehr die Vorzüge der Arbeiterbewegung gegenüber der nationalistischen. Damit würde zweierlei erreicht: Das Wesen des Faschismus könnte ausführlich und gründlich den Massen gegenüber erörtert werden, und — was wichtiger ist — es könnten durch einen so ausschließlich gegen den Faschismus geführten Wahlkampf auch die vielen Menschen wieder für die Wahl und darüber hinaus für die Beteiligung am politischen Leben zurückgewonnen werden, denen es unerträglich geworden ist, auf der Seite der Arbeiterbewegung ständig die größte Intensität auf die gegenseitige Bekämpfung gelegt zu sehen, als auf die Bekämpfung des Klassengegners.

Die einheitliche Stoßrichtung der Arbeiterparteien gegen rechts scheint uns für die bevorstehende Wahl eine Forderung wahrer Klassenpolitik zu sein.

In der Tat ist es gerade für den jetzt zu wählenden Reichstag nicht von ausschlaggebender Wichtigkeit, ob die Arbeiterschaft zwei oder drei Sozialdemokraten oder zwei oder drei Kommunisten mehr hineinbekommt; es kommt darauf an, daß insgesamt eine große Anzahl Arbeiterkandidaten gewählt werden. Wer dies nicht begreift, und dazu gehören zunächst alle die, die auffordern, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen, dem sei hier erklärt, daß er nach der geltenden Verfassung damit Herrn von Papen das Vertrauen aus-

spricht; denn je kleiner die Zahl der abgegebenen Mißtrauensstimmen ist, um so mehr hat die Papen-Regierung das verfassungsmäßige Recht, sich als die Vertreterin des Volkes zu fühlen. Man kann also mit etwas Ueberspitzung, aber im Prinzip richtig sagen: Wer nicht wählt, wählt Papen!

Diese Erkenntnis muß verantwortliche Politiker für die Wahl am 31. Juli leiten. Da die Zahl der Papen-Wähler verkleinert werden soll, ist es ungeheuer wichtig, die Zahl der proletarischen Nicht-Wähler zu verkleinern.

Wir haben bereits gesagt, woraus die Zahl der Nichtwähler sich in der Hauptsache erklären läßt: sie sind müde und furchterlich enttäuscht durch das Benchmen der großen Arbeiterparteien.

Sowohl die Müdigkeit als auch die Enttäuschung sind völlig begreiflich. Trotzdem darf ihnen nicht nachgegeben werden.

Aber von den Arbeiterparteien muß, wenn sie schon mit Recht von jedem Proletarier verlangen, daß er sich an der Wahl beteiligt, alles getan werden, um ihm den Gang an die Wahlurne zu erleichtern. Dazu können sie vorläufig nichts Besseres tun als den Wahlkampf so zu führen, daß man merkt: die Politik der Arbeiterbewegung geht gegen den Faschismus.

Dies alles gilt für alle Parteien der Arbeiterschaft und für alle einzelnen Genossen. Die Entscheidung darüber hinaus, welcher von den Arbeiterparteien wir unsere Stimme geben sollen, ist fraglos schwierig. Gerade daraus erklärt sich ja auch die große Wahlenthaltung auf seiten der Arbeiterklasse. Daraus erklärt sich auch die gerade jetzt überall zum Ausdruck gebrachte Wahlmüdigkeit und die Neigung vieler Klassengenossen, sich am 31. Juli gar nicht an der Wahl zu beteiligen.

In der Tat können einem flüchtige Betrachtungen der beiden Parteien hier nicht weiterhelfen: Das Für und Wider ist für beide, KP und SP — von der SAP ganz zu schweigen —, so reichhaltig, daß man mit der bloßen Betrachtung von Einzelaktionen nicht weiterkommt. Für Menschen, die nur diese werten, ist es in der Tat gleich, welche von beiden sie wählen. Immerhin kann eine tiefere Ueberlegung doch weiterführen als zu einer Gleichsetzung der beiden Parteien.

Wenn man bedenkt, daß die SPD das Vertrauen der Arbeiterschaft und auch die politische Macht besessen hat, daß sie dies aber preisgegeben hat, weil sie zufällig nur vierzig oder dreiundvierzig oder eine noch andere Prozentzahl an Wählerstimmen erwischte, — daß sie also den Sozialismus an die Zufälligkeit der von Demagogen und noch verbrecherischen Kräften maßgebend beeinflussten Mehrheitsentscheidung verraten hat und vor allem, daß sie das nie für falsch erklärt hat, sondern nach wie vor auf die Richtigkeit gerade solches Verhaltens schwört, ist hinreichend, für die Wahl am 31. Juli nicht ihr die Stimme zu geben, sondern der KPD.

Deren Fehler sollen hier gewiß nicht bagatellisiert werden. Sie sind zum Teil ganz ungeheuerlich; aber nach wie vor hält die KP an dem für einen sozialistischen Politiker entscheidenden Grundsatz fest, daß die sozialistischen Ziele nicht durch Mehrheiten innerhalb der bürgerlichen Klassenparlamente „erkämpft“ werden können. Auf die Dauer reicht es selbstverständlich nicht aus, daß eine Partei zwar richtige Grundsätze hat, aber ständig einer falschen Taktik anhängt — aber auch die Taktik der SPD ist ja derartig mit Fehlern behaftet, daß auch hier auf ihrer Seite kein wesentliches Plus zu sehen ist. Die entsetzliche Anbiederung an den nationalistischen Kriegsfimmel durch die ständige Beteuerung ihrer „Vaterlandsliebe“ treibt einem Sozialisten geradezu die Schamröte ins Gesicht.

Zusammengefaßt: Wen sollen wir wählen? Angesichts der unmöglichen Taktik von KP und SP muß man sich auf die Grundsätze dieser Parteien besinnen. Dabei verdient die KP den Vorzug. Dem sollte sich auch die SAP nicht verschließen und, da die für sie abgegebenen Stimmen leicht völlig verfallen sind, weil die SAP vielleicht in keinem Wahlkreis allein ein Mandat bekommt, und weil alle diese Stimmen also der Regierung Papen zugute kommen, noch in letzter Minute sich entschließen, entweder auf eigene Wahllisten ganz zu verzichten oder auf andere Weise dafür zu sorgen, daß ihre Stimmen auf einer anderen Liste mitgezählt werden.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

31) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932  
Wo ist denn Job?  
„Job!“  
„Brummschick!“  
„Brummschädel!“

Jakob Bonczyk ist schon die lange Steigeleiter hinaufgeklettert und oben an das Deck geschlüpft. Aus dem halben Licht des Heizraumes gekommen, ist er wie blind und muß sich vorsichtig vorwärts tasten. Nicht einmal den „Markgraf“ kann er sehen. Am achteren Schornstein trifft er einen Matrosen. Den fragt er, was los ist. Der Matrose weiß es auch nicht.

Dann rennt er mit einem anderen zusammen.  
„Paß doch auf, du krummer Hund!“  
Bonczyk erkennt die Stimme.  
„Schorsch, du bist's?“  
„Brummschick, was kriechst du denn hier rum?“  
„Was ist denn eigentlich los, Schorsch?“  
„Eben ist Befehl gekommen: Kriegswache aufziehen! Anker auf!“  
„Das ist doch woll bloß wegen Minenfischen, es gibt doch jetzt Frieden?“  
„Frieden — ja, Scheiße, eine ganz große Scheiße, ein Vorstoß!“

Bonczyk fängt in seinem leichten Heizraumpäckchen an zu frieren und blickt verloren übers Wasser. Er erkennt jetzt die Umriss des Nachbarschiffes. Auch den vor ihm an der Reeling stehenden Schorsch sieht er deutlicher. Schorsch hat keine Mütze auf; sein dichtes Wuschelhaar steht aufrecht im Wind.

Schorsch starrt plötzlich gebannt in den grauen, treibenden Dunst hinein, nicht in Richtung der in einer Reihe verankert liegenden Schiffe, sondern über das freie Wasser weg. Er packt Bonczyk am Arm und rüttelt ihn:  
„Job, siehst du, siehst du denn nicht?“  
„Nein — nichts, was denn, wo denn?“  
Jetzt sieht Bonczyk auch. Es kommt von vorn auf und treibt in geringem Abstand an dem vor Anker liegenden Ge-

Das Hauptgewicht aber beim Wahlkampf sollte nicht darauf gelegt werden, Menschen, die sozialdemokratisch wählen wollen, dazu zu bekehren, kommunistisch zu wählen, oder umgekehrt. Das Hauptgewicht sollte vielmehr darauf gelegt werden, Menschen, die die Absicht haben, nationalistisch zu wählen, oder — was ebenso schlimm ist — gar nicht zu wählen, dahin zu bringen, SP oder KP zu wählen. Selbstverständlich wird jetzt jede der großen Parteien für ihre Liste eintreten, aber sie sollte es tun im Kampf ausschließlich gegen den Klassengegner.

Diese Vorschläge sind alle eine einfache Konsequenz der Forderung, die Arbeiterklasse zu einheitlichen Schritten zu bringen. Wenn die Parteien und alle Genossen sich so verhalten, dann kann man erwarten, daß wenigstens ein Teil der Vorzüge, den die wirklich geschlossene Einheitsfront der Arbeiterschaft mit sich gebracht hätte, doch noch schon für diesen Wahlkampf und das Wahlergebnis nutzbar gemacht werden kann.

## Das Wiedersehen in Genf.

Die Schwierigkeiten, in Genf mit der Vertagung der Abrüstungskonferenz zu Rande zu kommen, haben sich vertieft, da auch Sowjet-Rußland Mindestforderungen für das Abschlußprotokoll eingereicht hat. Sie beziehen sich auf den Hoover'schen Vorschlag, die Rüstungen um ein Drittel herabzusetzen und die Abschaffung schwerer Angriffswaffen. Diese Vorschläge sollen mindestens in der Zeit bis zur Wiedereinberufung der Konferenz durchgearbeitet werden.

Selbstverständlich kommt diesen Forderungen so wenig praktische Bedeutung mehr zu wie den Entschlüssen der kleineren Mächte, die in ähnlicher Richtung laufen. Das Heft hat die neue „Entente cordiale“ in der Hand, deren Vertreter nach der Bekanntgebung des neuen Bundes jetzt ihr erstes Wiedersehen feiern. Sie werden sich bestenfalls auf eine Unterredung mit Amerika einlassen, da hier Kriegs-

schulden gestrichen werden könnten, falls Europa abrüstet. Wie sich England und Frankreich hierzu verhalten, wird erst hervortreten, wenn die amerikanische Abordnung ihren Plan vorlegt, den sie neu bearbeitet hat auf Grund der neuen „freundschaftlichen“ Abkommen in Lausanne. Herriot fährt am Sonntag nach Genf. Dort wird er mit Simon zusammenkommen, der von den erquicklichen Debatten im englischen Unterhaus auch schon nach Genf abgereist ist.

Die Völker können an diesen neuen „Genfer Reisen“ nur das eine Interesse haben, daß sie so schnell wie möglich beendet sein mögen. Es kostet ihr Geld; abgerüstet wird nicht und die Sprache wird wieder nur dazu mißbraucht werden, die Forderung der Uebereinstimmung von Worten und Tatsachen als gänzlich überflüssig erscheinen zu lassen.

## Japan weiß von nichts.

Auf die russische Beschwerde anläßlich der Vorgänge an der chinesischen Ostbahn, die die Sowjetregierung dem japanischen Botschafter in Moskau zugestellt hatte, hat die Regierung in Tokio mitteilen lassen, daß Japan mit den Maßnahmen der mandchurischen Behörde nichts zu tun habe. Für Anordnungen der mandchurischen Regierung trage Japan keine Verantwortung.

Am gleichen Tag empfing der japanische Außenminister die Mitglieder des Völkerbunds Ausschusses zur Abschiedsaudienz. Er teilte ihnen mit, daß Japan die Lösung der Mandchurei von China als unvermeidlich betrachte und daß es sich in dieser Auffassung nicht vom Völkerbund dreinreden lassen werde.

Beide Äußerungen der Tokioter Regierung werden in höflicheren Formeln abgefaßt worden sein, als die Pressebüros sie wiedergeben. Der Inhalt ist auf alle Fälle zynisch genug: Macht geht vor Recht, und verschleierte Macht einzuweichen noch vor offener Gewalt.

### Mandschurische Frechheiten.

Während Japan Rußland abweist, droht die mandchurische Regierung die russische Verwaltung auf der chinesischen Ostbahn, die Rußland vertraglich zugesichert ist, durch Kündigung der Verträge zu entfernen. Jede Vereinbarung zwischen der russischen und der chinesischen Regierung betrachte die mandchurische Regierung als feindselige Handlung.

## Die Konferenz ist tot — es lebe die Konferenz.

Während noch die Bestattungsfierlichkeiten der Abrüstungskonferenz unter den sich streitenden Mächten beraten werden, werden Ausschüsse eingesetzt zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz, die Simon mit Energie treibt. Die Lausanner Mächte werden in dem ersten Ausschuß vertreten sein, die kleineren Mächte, die um Zulassung „ersucht“ hatten, wurden brüsk abgewiesen mit der ironischen Bemerkung, daß zu viele Sachverständige die Arbeit erschwerten. Der Termin der Konferenz wird erst nach den amerikanischen Wahlen liegen, voraussichtlich erst Ende des Jahres. Das Heer der Arbeitslosen mag warten, bis die Herren der Regierungen fertig sind.

## Ergebnisloser Besuch Valeras in London.

m London, 16. Juli.

Der Besuch deValeras bei MacDonald hat nach dreistündiger Besprechung mit einem völligen Fehlschlag geendet. Die Verhandlungen sind daran gescheitert, daß Valera nicht darauf verzichten wollte, dem Schiedsgericht, das über

die irischen Entschädigungszahlungen an England urteilen soll, Mitglieder zuzuordnen, die einem Staat außerhalb des englischen Weltreiches angehören.

DeValera ist am Sonnabend früh nach Irland zurückgereist.

Im irischen Landtag wurde inzyrischen das Sondergesetz zur Erhebung von Zöllen auf englische Waren in allen Punkten mit einer knappen Mehrheit angenommen. Die Opposition war stark und wies energisch und erregt auf die schweren Folgen eines Wirtschaftskrieges mit England hin.

### Die Polen bei Herriot.

Zaleski ist bei Herriot gewesen. Die neuen Bündnisse Frankreichs, bei denen die Polen nicht zugelassen worden sind, haben diesen Besuch nötig gemacht. Zaleski ist am Sonnabend nach Genf weitergefahren.

### Hoover spart.

h Washington, 15. Juli.

Präsident Hoover hat am Freitag der Kürzung seines eigenen Gehalts um 20 Prozent zugestimmt. Die Kabinettsmitglieder erklärten sich mit einer Kürzung ihrer Gehälter um 15 Prozent ebenfalls einverstanden.

schwader vorbei, ein großer dunkler Körper mit zwei Riesenschornsteinen und Geschütztürmen, ein Schiff aus den schon marschierenden Verbänden. Es hat die Marschlinie verlassen und treibt breitschiffs in den Wellen, ohne Fahrt und ohne Steuerung.

„Mensch, Bonczyk — verstehst du das?“  
„Das ist — ja ist das nicht . . .“  
„Der ‚König Albert‘, aber wieso — stopp, jetzt most er!“

Das Fahrzeug ist von der Nacht wieder geschluckt worden; ebenso schnell wie es aufgetaucht, ist es wieder verschwunden. Nur die Morsezeichen eines großen Scheinwerfers blinken durch das Dunkel. Zuerst gibt das Schiff sein Erkennungssignal ab und dann einen Morsespruch an das Kommando.

Die beiden Seeleute stehen an den Schornstein gedrückt. Bonczyk kann den Morsespruch nicht lesen, aber der Matrose entziffert Zeichen um Zeichen.

„Meine Fresse, meine Fresse — Mensch! Brummschädel!“  
„Was ist denn los, nu sag's doch!“  
„Die liegen da und können nicht weiter — die haben keinen Dampf mehr!“

Von achtern kommen einige Leute, die das Schiff ebenfalls gesehen und ebenfalls den Morsespruch abgelesen haben.

„Habt ihr gesehen?“  
„Die wollen nicht mehr!“  
„Die wollen keinen Vorstoß machen!“  
„Die Helzer vom ‚König Albert‘!“

„Was ist denn nu, was haben sie gemacht?“  
„Was die gemacht haben? Sabotage!“  
„Nu komm mir doch nicht mit so 'm Quatsch!“  
„Ach so, dir muß man das ganz genau auseinander polken! Also du weißt doch, im Kessel, die undichten Rohre . . .“

„Die Heizschlangen!“

„Ja, die undichten Heizschlangen, die werden in der Werft doch immer verpflockt. Und diese Eisenpflocke haben sie beim Feueranmachen rausgeschlagen! Und beim Fahren ist das Wasser durchgekommen, und die Feuer sind versoffen!“

„Die Helzer meutern!“  
„Die Matrosen auch!“  
Schorsch und die Matrosen laufen mit der Nachricht in die Vorkammer. Bonczyk steht wie angenagelt auf der Stelle.

Vier Jahre lang hat er Kohlen vor die Feuer geschloppt, hat er Asche gehievt und Kessel gekloppt. Immer war er „der Schlopp“, die letzte Hand und der letzte Dreck auf dem Schiff: „He, Brummschädel — Kohlen! Die Schlacken weg! Den Kaffee her! Der Trimmer da — räumen sie mal die Schmiede auf! Kriechen Sie mal in das Aschloch rein! Fischen Sie mal die runtergefallenen Roste!“ Auf See- und Hafengewachen oder beim Exerzieren — immer hat er den Zwang der Kriegsgesetze über sich gefühlt, vor denen es keine Ent-rinnen und gegen die es keine Auflehnung gab. Der Kohlen-schlepper Jakob Bonczyk starrt in den Dunst, in dem das treibende Schiff verschwunden ist. Er sieht abwesend den vor Anker liegenden „Markgraf“, von dem der schrille Ton einer Signalfiße herüberweht, und er ist sekundenlang unfähig, etwas zu denken. Dann dreht er sich kurz um, läuft über das Deck zurück und verschwindet im Zugang zum Heizraum. So schnell er mit seinen Pantinen kann, klettert er die Steigeleiter zu den Kesselräumen hinunter . . .

Die Helzer meutern!  
Die Matrosen auch!

Auf der Brücke steht der Kommandant starr wie ein Holz. Die deutsche Flotte soll zum Schlagen gegen die englischen Seestreitkräfte eingesetzt werden. Die Fahrt der Flotte soll der Heimat den Auftrieb den Durchhalten geben und den gewaltigen Auftakt zur Nationalen Verteidigung bilden.

Wenn die Kanonen der Flotte sprechen, werden die schmählichen Friedensschwätzereien und die entehrenden Verhandlungen der neuen Zivilregierung verstummen müssen!

Aber die Ausfahrt wurde von Stunde zu Stunde verschoben.

Und dann kamen alarmierende Nachrichten: In der Schleuse haben Mannschaften ihre Schiffe verlassen. Die Matrosen von der „Helgoland“ haben das Ankerlichter verhindert. Die Matrosen von der „Thüringen“ ließen den Anker wieder fallen, nachdem er schon oben war und nachher verbarrikadierte sich die Mannschaft in der Vorkammer.

Und jetzt der Morsespruch: Sabotage auf „König Albert“! Der Kommandant gibt dem Signalfißen die Klade mit den eingetragenen Funk- und Morsesprüchen zurück.

(Fortsetzung folgt.)

# NS und KP im Kampf gegen Gewerkschaften.

## Zum Bauarbeiterkampf in Süddeutschland.

F. G. Zwischen „Roter Fahne“ und „Vorwärts“ besteht ein Streit über einige größere Lohnkämpfe der Bauarbeiter in Süddeutschland. An Hand eines ausführlichen Berichts des Baugewerksbundes und persönlicher Auskunft stellen wir hier einige der wichtigsten Tatsachen zusammen, die eine sachliche Beurteilung ermöglichen.

Es handelt sich um die Lohnkämpfe an sechs großen süddeutschen Tiefbaustellen. Es wurde gestreikt beim Rheinkraftwerk Klein-Kembs, Neckar-Staustufen (700 Arbeiter), Hirschhorn und Rockenau (100 Arbeiter), Eisenbahnbau Tuttlingen-Hattingen (800 Arbeiter), Rheinkraftwerk Dogern-Albruck (860 Arbeiter) und Schluchseewerk (220 Arbeiter).

Der Streik richtete sich gegen einen Ende April gefällten und am 24. Mai für verbindlich erklärten Schiedsspruch, der einen erneuten Lohnabbau vorsah.

Der Bauarbeiterverband weist nachdrücklich auf die Tatsache hin, daß dort nicht gestreikt wurde in den vier Wochen, solange der Schiedsspruch noch nicht für verbindlich erklärt worden war, sondern erst nachher. Diese Tatsache, im Zusammenhang mit anderen Umständen ist tatsächlich aufschlußreich.

Während bei der Auslösung des Streiks KP-Landtagsabgeordnete aus Württemberg und Baden hervorragend beteiligt waren, hatten in der bald darauf gewählten zentralen Streikleitung die Nazis das Heft in der Hand. Dies wird erklärt dadurch, daß bei den Großfirmen des Baugewerbes besonders in jener Gegend seit Jahren die Nazipest systematisch geübt wird, daß die Firmen Siemens-Bauunion und Hochtief A.-G. an den Kraftwerkbauten in Südbaden tätig wurden, und mit diesen die Nazis dort erst erschienen.

Die Streiks in Klein-Kembs bzw. an den Neckar-Staustufen brachen nach einigen Tagen zusammen. In Dogern-Albruck, am Schluchseewerk und in Tuttlingen wurde sechs Wochen lang gestreikt, ohne daß die Unternehmer, wie sonst üblich, Anstrengungen machten, Streikbrecher zu gewinnen. Als vor zwei Jahren am Moselkanal in Lothringen gestreikt wurde und die Gewerkschaften diesen Streik führten, schlopperten die Unternehmer in dem gleichen Zeitraum etwa 12 000 Streikbrecher herbei, die damals von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zum größten Teil wieder abtransportiert wurden. In dem hier vorliegenden Fall aber begnügten sich die Unternehmer damit, einmal 124 Streikbrecher anzuwerben, von denen, wie sich bei der Ankunft in Dogern-Albruck herausstellte, 64 Nazis waren, aus Essen und Umgegend, und 60 organisierte Arbeiter aus Dortmund. Daß die letzteren die Arbeit nicht aufnehmen, als sie von dem Streik erfuhren, ist selbstverständlich. Für die Nazis war es nur deswegen selbstverständlich, weil ein Nazi oberster Streikleiter war. Die 124 reisten wieder in ihre Heimat auf Kosten der Gemeinden.

### Die Kalkulation

#### der Gewerkschaftsgegner war:

Wenn die Gewerkschaften den Streik durch Propaganda und Geld unterstützen, dann handeln sie gegen den Tarifvertrag und die gesetzlichen Bestimmungen. Infolgedessen können die Unternehmer sich schadlos halten an den Gewerkschaften!

Während die Nazis auf diese Art die Gewerkschaften bekämpfen. Die Kommunisten waren dumm genug, diesen Trick nicht zu erkennen. Hätten die Gewerkschaften eingegriffen, um auf dem Verhandlungswege den Konflikt zu beenden, dann konnten Nazis und Kommunisten vereint über die Gewerkschaften schimpfen, weil sie immer behaupten konnten, sie selber hätten mehr herausgeholt. Die Gewerkschaften taten in diesem Falle keines von beiden.

Zum Beweis für das feine Spiel diene folgendes. Zwei Maschinisten hatten sich bei einer Firma um Stellung beworben; angeblich! Sie haben sich dann irgendwo bei einer Geschäftsleitung des Maschinistenverbandes erkundigt und von dort die briefliche Mitteilung bekommen, daß in Dogern-Albruck gestreikt werde und sie daher gewarnt würden, dort die Arbeit aufzunehmen.

Diesen Brief hatte der Syndikus eines Arbeitgeberverbandes am 2. Juli bei den Verhandlungen in Händen!

### Sechs Wochen Kampf.

In dem sechswochenlangen Streik konnten in Tuttlingen wie in Dogern-Albruck sich die Streikenden nur dadurch erhalten, daß sie von den Geschäftsleuten, von den Bauern und durch die Feldküche der IAH materiell unterstützt wurden.

Die Sympathie der Bevölkerung war verständlicher Weise bei dem großen Lohnabbau auf der Seite der Streikenden, was auch weitgehend die Beteiligung der Nazis aus dieser Seite her erklärt. Der Bericht des Baugewerksbundes sagt über die Streikenden am Schluchsee:

„Richtig ist allerdings, daß die Streikenden selbst so treu und brav zusammengehalten haben, daß sie mit diesem Zusammenhalt bei richtiger Führung viel mehr hätten erreichen können, als was jetzt erreicht ist und vielleicht noch etwas dazu hätte auch auf dem bloßen Verhandlungswege erreicht werden können ohne Streik.“

### Das bittere Ende.

Um so bedauerlicher ist die Art der Beendigung des Kampfes unter der Führung des Nazi-Streikleiters Braun. Der Landrat des Kreises Waldshut wurde von der Streikleitung veranlaßt, an den Reichsverband industrieller Bauunternehmungen zu schreiben. Dieser hat dann dem Landrat geantwortet, daß er jederzeit bereit sei, mit den Gewerkschaften über die Beilegung des Konfliktes zu verhandeln, daß an diesen Verhandlungen auch eine Abordnung der Belegschaft teilnehmen könne, wenn sie von der Belegschaft mit ordentlichen Vollmachten versehen und in geheimer Abstimmung gewählt werde. Gleichzeitig hat der amtliche Schlichter, Herr Dr. Kimmich in Karlsruhe, sich um die Beilegung bemüht und zu diesem Zweck die bezirklichen Vertreter der Gewerkschaften und des Arbeitgeberverbandes zu Verhandlungen eingeladen zu Mittwoch, den 29. Juni. Zu dieser Verhandlung erschienen auch einige Mitglieder der zentralen Streikleitung, unter der Führung des obersten Streikleiters Braun. Die Gewerkschaftsvertreter weigerten sich zunächst, gemeinsam mit diesen

Leuten zu verhandeln, wegen der fortgesetzten Beschimpfungen in den Versammlungen und der Hetze gegen die Gewerkschaften. Der Vertreter der zentralen Streikleitung erklärte daraufhin, daß sie nicht geschimpft hätten und daß in den Belegschaftsversammlungen auch nicht gegen die Gewerkschaften gehetzt worden sei. Das war eine glatte Unwahrheit. Die Verhandlungen kamen nicht zustande, da die Vertreter der Streikenden nicht das geforderte Mandat hatten, und die Gewerkschaften wie der Unternehmervertreter so die Verhandlungen mit der Streikleitung ablehnten. Ob das von den Gewerkschaften richtig war, können wir nur nach genauester Kenntnis der Umstände beurteilen. Fest steht, daß die Gewerkschaftsvertreter zu Streikversammlungen nicht zugelassen wurden.

Darauf schrieb die Streikleitung am Donnerstag, dem 30. Juni, an den Landesschlichter Kimmich einen Brief, in dem sie ihn aufforderte, „sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu verwenden, daß der Konflikt, wie uns versprochen, noch im Laufe dieser Woche beigelegt wird“. Das heißt, die Streikleitung gab alle Forderungen preis.

Die Hauptursache für diese völlige Kapitulation war, daß eine Verständigung zwischen der gewerkschaftsfeindlichen Streikleitung und den Freien Gewerkschaften nicht zustande kam. Darüber berichtet der Baugewerksbund: „Aus Tuttlingen wurde mitgeteilt, daß auf dem geheimnisvollen Wege über die Unternehmerräte die Streikleitung bereits am 30. Juni davon Kenntnis erlangt habe, daß am 2. Juli in Karlsruhe verhandelt wird. Sie hat daraufhin alle Nazi- und KP-Anhänger und alle Unorganisierten veranlaßt, am Freitag, dem 1. Juli, morgens, die Arbeit aufzunehmen, nachdem sie den Bauleitungen bereits am Donnerstag mitgeteilt hatte, die Arbeit würde zu einem Stundenlohn von 60 Pf. für Tiefbauarbeiter aufgenommen werden. Der Tariflohn beträgt 63 Pf. Die organisierten Arbeiter blieben zunächst draußen, weil jetzt die Unorganisierten alles besetzt hatten und dem „Baugewerksbund“ bleibt jetzt die Aufgabe, im Prozeßwege den Tariflohn bei den Unternehmern durchzusetzen. Für Dogern-Albruck spielte sich folgendes ab. Der Generalstreikleiter Braun hatte für seine Nazi-Pgs. am Arbeitsgericht Waldshut einen Prozeß zu vertreten gegen die Arbeitsgemeinschaft Hochtief A.-G.-Butzer. Bevor es zu Verhandlungen kam, zog er die Klage zurück und erklärte dann dem Vertreter der Firma, das Verhandeln in Karlsruhe sei zwecklos, weil am Montag, dem 4. Juli, die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen würde. Das wurde den Vertretern der Gewerkschaften etwa um 12 Uhr mittags in Karlsruhe von dem amtlichen Schlichter mitgeteilt, der diese Mitteilung durch Telefon sofort bekommen hatte. Natürlich waren dadurch die Verhandlungen schon erheblich erschwert.“

Wenn es bis dahin Aussicht gab, eine Grenzzulage von etwa 12 Pf. pro Stunde zu bekommen und sogar für längere Zeit, so waren sich die Unterhändler der Gewerkschaften darüber klar, daß das jetzt fast unmöglich sei. Es wurde weiter verhandelt, bis etwa 1/7 Uhr abends ein Schiedsspruch zustande kam. Aber um 1/6 Uhr abends telephonierte das Mitglied der zentralen Streikleitung, Windisch, vom Schluchseewerk, Verhandlung sei zwecklos, weil am Montag, dem 4. Juli, früh, die Arbeit zu den tariflichen Bedingungen aufgenommen würde. Dadurch war es vollständig unmöglich geworden, auch nur noch einen Pfennig für die Arbeiter in Schluchsee von den Unternehmervertretern zu bekommen. Für Dogern-Albruck wurde nachstehende bindende Entscheidung gefällt:

1. Die Wiederaufnahme der Arbeit hat am Dienstag, dem 5. Juli 1932, auf beiden Baustellen nach Maßgabe der betriebstechnischen Möglichkeiten zu erfolgen.
2. Die für allgemeinverbindlich erklärten Tariflöhne und tariflichen Bestimmungen sind für die Arbeitsverhältnisse maßgebend.
3. Mit Rücksicht auf die besonderen Grenzverhältnisse an diesen Baustellen wird vom Tage der Arbeitsaufnahme an bis 2. August 1932 eine Zulage von 8 Pf. und ab 3. August 1932 für weitere 8 Wochen eine solche von 4 Pf. zu den jeweiligen tariflichen Stundenlöhnen gewährt.

Für Tuttlingen wurde die für den 3. Juli angesetzte Verhandlung mit den Unternehmern abgesetzt, da sie erklärten, daß sie zu den Verhandlungen nicht erscheinen würden. — Die Arbeiter hatten dort die Arbeit am 1. Juli, bei 3 Pf. unter Tariflohn, aufgenommen.

Man kann nun noch die Frage aufwerfen, weshalb die Gewerkschaften nicht vor der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches den Kampf unter ihrer Führung eröffnet haben, wie es der Baugewerksbund in einigen anderen Bezirken getan hat nach dem schändlichen Lohnabbau für die Bauarbeiter.

Dazu ist wichtig, zu wissen, daß im Durchschnitt nur etwa 25 Prozent der dortigen Bauarbeiter organisiert waren, ein sehr ungünstiges Verhältnis für einen Streik. Aber wenn in den dortigen Arbeitern trotzdem eine solche Kampfkraft vorhanden war, warum haben sie dann nicht vier Wochen früher den Kampf eröffnet, ehe der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wurde?

Gerade bei Ausnutzung des vorhandenen Kampfwillens durch die Freien Gewerkschaften nimmt man der RGO jeden wirklichen und Scheingrund für ihre schädliche Politik. Zu entschuldigen sind natürlich trotzdem die KP-Aktionen mit den Nazis nicht.

## Die Beschämung der Zentralen.

### Vorbildlicher Aufruf zur Einheitsfront.

Oertlich verpflichten sich alle Mitglieder der unterzeichneten Organisationen, gegenseitig ihre Versammlungen nicht zu stören, sondern den Versammlungsschutz gegenüber evtl. Störungen zu übernehmen, sowie gegenseitig sich ihre Plakate zu schützen.

Politische Meinungsverschiedenheiten der Mitglieder proletarischer Parteien untereinander bei Gegnern haben zu unterbleiben. Bei allen Diskussionen mit Gegnern treten die Mitglieder der unterzeichneten Organisationen als Einheit auf. In großen, gemeinsam zu veranstaltenden Kundgebungen und Demonstrationen ist dem Bürgertum die zahlenmäßige Überlegenheit vor Augen zu führen.

Die Versammelten betrachten es bei einem evtl. Angriff der Faschisten als ihre Pflicht, sämtliche Einrichtungen der Arbeiterschaft, gleich welcher Richtung, zu schützen und zu verteidigen.

Die gewählte Kampfleitung wird aufgefordert, alle Geschäftsleute, die Mitglieder der NSDAP sind und solche, die mit ihr sympathisieren, in geeigneter Weise zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen.

Die Versammlung gelobt einig zusammenzustehen, bis der Faschismus geschlagen am Boden liegt.

Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Oberursel; Sozialistische Arbeiterpartei, Ortsgruppe Oberursel; Kommunistische Partei, Ortsgruppe Oberursel; Eiserner Front, Oberursel; Antifaschistischer Kampfbund, Oberursel.

## Immer wieder Sabotage!

RO. Braunschweig, 15. Juli.

Als vor etwa drei Wochen die Braunschweiger „Eiserne Front“ zum ersten Male zu einer Demonstration aufrief, glaubte fast kein Mensch daran, daß diese Demonstration durchgeführt werden würde. Die Braunschweiger Arbeiterschaft hatte viele Verbote von Demonstrationen und Versammlungen erlebt, so daß sie sehr skeptisch geworden war. Aber das Unerwartete geschah: die „Eiserne Front“ durfte demonstrieren. Etwa 5200 Genossen marschierten. Daß nicht mehr Arbeiter dem Zuge angeschlossen waren — Braunschweig hat schon gegen 20 000 Arbeiter auf den Straßen gesehen —, ist vor allem auf den Aufruf der „Eisernen Front“ zurückzuführen. Tausende von Genossen, die gegen den Faschismus mitmarschieren wollten, wollten nicht für die Sozialdemokratie marschieren und blieben bitteren Herzens zu Hause.

In den letzten Tagen rief die „Eiserne Front“ zu einer neuen Demonstration auf. In keinem dieser Aufrufe zeigte sich eine parteipolitische Tendenz. Und darum fanden sie überall Widerhall.

Dieser Widerhall rief dann auch Herrn Klages auf den Plan. Sein Polizeipräsident verbot die Demonstration.

„... Bei der gespannten politischen Lage kann ein Aufzug zu politischen Zwecken nur zugelassen werden, wenn dieser von einem nach straffen, militärischen Grundsätzen organisierten Verbandsverbande veranlaßt wird und nur Mitglieder des Verbandes daran teilnehmen. Diese Voraussetzungen sind für den angemeldeten Aufzug der „Eisernen Front“ der Stadt Braunschweig nicht gegeben...“

Sofort rief das „Reichsbanner“, „die militärische Organisation der „Eisernen Front“, zu einer Demonstration am gleichen Tage auf. Die Gewerkschaften und die übrigen der „Eisernen Front“ angeschlossenen Verbände erwarben die korporative Mitgliedschaft im „Reichsbanner“. Die Genossen, die keine Uniform besitzen, wurden aufgefordert, in hellem Hemd und mit Handstock zu erscheinen. (Das Mitnehmen der Handstöcke hat der Polizeipräsident dann auch noch verboten.) Die

Frauen mußten allerdings von der Teilnahme am Umzuge ausgeschlossen werden. Sie sollten an den Straßenseiten Aufstellung nehmen.

Ein schöner Plan, der überall mit Freude aufgenommen wurde. Überall die Bereitschaft, mitzumarschieren gegen die Willkürpolitik des Herrn Klages.

Ein Aufruf des „Reichsbanners“ zerstörte diese Bereitschaft und damit die Durchführung einer Aktion der gesamten Arbeiterschaft Braunschweigs.

„... An sämtliche Ortsvereine unseres Gaues ergeht hiermit die Anweisung, sämtliche Anbiederungsversuche der Kommunistischen Partei strikte abzulehnen. Wir werden uns von jedem trennen müssen, der, entgegen unseren Anweisungen, an Sitzungen, Konferenzen und öffentlichen Kundgebungen der Kommunistischen Partei teilnimmt...“

Der Pferdefuß der SPD zeigt sich in diesen Worten, deren Führer trotz allen faschistischen Terrors „nichts vergessen und nichts hinzulernt“ haben. Der Aufruf schloß alle die Genossen von der Demonstration aus, denen an der Bildung einer wirklichen Einheitsfront, der Front aller Antifaschisten, gelegen ist.

3200 Arbeiter demonstrieren. Sicher hat der Zug Aufsehen erregt. Das Braunschweiger Bürgertum hat seit vielen Monaten keine Arbeiterdemonstration erlebt. Der Zug hätte — wenn der kindische Parteienstreit nicht wieder aufgeflammt wäre — noch mehr Aufsehen erregen, eine noch größere Wirkung haben können. Dann wären höchstwahrscheinlich 7000 oder noch mehr Genossen marschiert, von denen die SP-Presse heute schon zu berichten weiß.

Die Braunschweiger Arbeiter haben unter der Herrschaft der NS schon viel erduldet. Ihre Leiden werden erst dann ein Ende haben, wenn sie geschlossen den gemeinsamen Feind angreifen und schlagen werden. Das hat bisher keine der sogenannten Einheitsfronten vermocht. Die Genossen werden deshalb — wenn sie nicht weiter in die nationalsozialistische Barbarei versinken wollen — diese Einheitsfront schaffen müssen, d. h. zunächst: aufräumen müssen mit allen Saboteuren der Einheitsfront.

# Gelbkreuz-Vergiftung der Betriebe.

Hk. Der „Vorwärts“ erfährt von einem Brief eines deutschen Großindustriellen, der seit Monaten in der Schweiz lebt, und nun in einem Schreiben an seine Werkverwaltung die Nazis gegenüber einem Herrn H., der anscheinend der Sozialdirektor des Konzerns ist, verteidigt. In dem Brief heißt es:

„Wenn H. glaubt, die Zeit sei gekommen, unsere Werkpolitik im Interesse der Werkdisziplin gründlich umzustellen, so bin ich anderer Meinung. Ich gebe zu, daß allerlei Elemente, früheres Kommunegesinde, das H. 12 Jahre lang das Leben schwer gemacht hat, heute zu den Nationalsozialisten gehören, und daß das Werk ein Auge zudrücken muß.“

Gute Arbeiter sind sie wohl auch nicht. Zugegeben, Aber wir brauchen sie noch.

H. ist das zu Gemüte zu führen.

Gegenüber der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (im Original ist „Arbeiter“ unterstrichen, Red.) bleibt alles beim alten, auch in bezug auf die finanziellen Dispositionen.

Ohne die Nationalsozialisten wäre die Kostenerleichterung der letzten Jahre nicht möglich gewesen. Auch haben wir ja in Deutschland noch Betriebsräte und gesetzliche Löhne.“

Dieser Mann ist ein Realist. Aus seinen Worten spricht eine sehr nüchterne Einschätzung dessen, was ihm die Nazis wert sind: nicht ihre „Ideale“ sind an und für sich Geld wert; nicht einmal als Arbeitsknecht sind sie tauglich. Welches sind die niedrigeren Funktionen, die ihnen vorbehalten bleiben?

Zur Ermöglichung der „Kostenerleichterungen“ dient zunächst das Niederschlagen kämpfender und kampfbereiter Arbeiter auf der Straße. Das aber würde jenen nüchternen Rechner zwar zu den „finanziellen Dispositionen“ gegenüber der NSDAP veranlassen können, erklärt aber noch nicht, wes-

halb er die zugegebenermaßen schlechten NS-Arbeiter in seinen Betrieb aufnimmt. Der Nutzen, den sie ihm dort leisten, kann, da er nicht in der Arbeitsleistung der Nazis liegt, nur in ihrer Einwirkung auf diejenigen Arbeiter liegen, die zu Arbeitsleistungen imstande sind und dazu nötig sind. Die Leistung, die die Nazis im Betrieb im Interesse der Unternehmer verrichten, besteht in der Untergrabung der gewerkschaftlichen Widerstandskraft der Arbeiter. Das geht mit großer Deutlichkeit hervor aus einigen Berichten, die wir im „Funken“ (vom 10. Juni und vom 8. Juli) im Anschluß an einige Betriebsrätewahlen dieses Jahres gebracht haben.

Die Antwort mit dem Stimmzettel am 31. Juli ist keine hinreichende Antwort auf jenen Unternehmerbrief. Es geht um die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Kampfkraft. Das ist in erster Linie eine Sache der freien Gewerkschaften und ihrer Funktionäre, in zweiter Linie eine Sache der RGO-Kollegen, die sich wieder in die einheitliche Gewerkschaftsfront einreihen sollten. Die beiden genannten Berichte zeigen folgendes:

1. Bei den Wahlerfolgen der RGO handelt es sich mindestens in den Fällen, über die die genannten Berichte handeln — nur um einen Zuwachs an Stimmen, nicht einmal um einen wesentlichen Zuwachs an organisierten Mitgliedern; nicht um einen Zuwachs an Bereitschaft auf Seiten der Arbeiter, sich den Parolen der RGO entsprechend einzusetzen.

2. Für den Stimmenzuwachs der RGO ist der Boden erst durch die Passivität der Freien Gewerkschaften vorbereitet worden. Andererseits ist durch die Abspaltung der RGO-Kollegen die äußere und innere Kampfkraft der freien Gewerkschaften weiter geschwächt worden.

3. Erst diese Zersetzung der gewerkschaftlichen Widerstandskraft gibt dem nationalsozialistischen Bazillus die Möglichkeit, Fuß zu fassen unter der Betriebsarbeiterschaft. Hat er aber einmal Fuß gefaßt, dann treibt er die Zersetzung rapide weiter.

## Der belgische Arbeitskampf nicht beendet.

Der Generalrat der Gewerkschaften hat nach den neuesten Meldungen — es dringen kaum Nachrichten von Belgien aus ins Ausland — die Wiederaufnahme der Arbeit noch nicht angeordnet.

Der Streik verbreitert sich in neue Gegenden hinein, während in der Borinage Ruhe herrscht. In der Provinz Limburg sind 10 000 Bergarbeiter in den Streik getreten.

## Generalstreik in Dünkirchen.

In der Metallindustrie, der in der Nähe der belgischen Grenze gelegenen französischen Hafenstadt von Dünkirchen ist seit Freitag der Generalstreik gegen einen von den Unternehmern beabsichtigten Lohnabbau ausgerufen. Am Freitag fand eine große Kundgebung statt, in deren Verlauf die Fortsetzung des Streiks beschlossen wurde.

## Streiks und Verhandlungen in der Schuhindustrie.

F.G. Nachdem die Reichstarifverhandlungen in der Schuhindustrie Mitte Juni gescheitert sind — die Unternehmer forderten erneute Lohnkürzung um 11 Prozent und Kürzung der Ferienvergütung um 50 Prozent —, finden am 16. Juli im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen statt über den Zusatzvertrag betreffend die Löhne.

Inzwischen sind verschiedentlich Lohnkämpfe ausgebrochen, besonders in der schlesischen Schuhindustrie.

Das Bestreben der schlesischen Schuhfabrikanten, die Löhne unter die im übrigen Reich gezahlten Löhne herabzusetzen, hat neben den bereits bestehenden Streiks in Breslau, Oels und Gleiwitz auch bei der Firma Kosterlitz in Naumburg am Bober zur Arbeitsniederlegung geführt.

Die Firma Kosterlitz hatte zunächst einen Lohnabbau von 21 Prozent diktiert, diesen dann auf 15 Prozent „ermäßigt“. Die Arbeiterschaft hat aber jeden Lohnabbau abgelehnt und die Arbeit niedergelegt. Alle Einschüchterungsversuche der Firma, die Geschlossenheit der Arbeiterschaft zu zerstören, blieben erfolglos.

Die am 13. Juli von 150 Streikenden besuchte Versammlung nahm eine Entschließung einstimmig an, in der sie ihre Entschlossenheit bekundet, die Bestrebungen der Schuhfabrikanten Schlesiens auf Abschluß eines Bezirkstarifs, an Stelle des Reichstarifvertrages, zum Zweck eines besonderen Lohnabbaues für Schlesien, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

## Landesbauamt als Lohndrücker.

Nach jahrelangen Verhandlungen soll die Ahr bei Sinsig reguliert werden. Da die Gemeinde Sinsig nicht besonders gut gestellt ist, braucht sie Zuschuß vom Landesbauamt. Die Stadtverordneten von Sinsig setzten den Lohn der Arbeiter, die an der Regulierung arbeiten sollten, auf 56 Pf. fest. Das Landesbauamt erklärte, daß es nur einen Lohn von 45 Pf. für angebracht hält. Die Stadtverordneten von Sinsig erklärten daraufhin, daß sie an dem Lohn von 56 Pf. festhalten würden. Man müßte einmal die unverantwortlichen Lohndrücker des Landesbauamts für den Hungerlohn von 45 Pf. arbeiten lassen.

## Die neue Regelung der Kurzarbeiterunterstützung.

Auf Grund der Notverordnung vom 11. Juni 1932 hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Auftrage des Reichsarbeitsministers die Unterstützungssätze neu festgesetzt. Die Höhe der Kurzarbeiterunterstützung ist den neuen Sätzen der Arbeitslosenunterstützung angepaßt worden. Kurzarbeit soll auch weiterhin zur Vermeidung von Entlassungen nach Möglichkeit eingerichtet werden. Die neuen Sätze gelten zum erstenmal für die Woche vom 4. bis 9. Juli.

Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter betrug in der Woche vom 23. bis 28. Mai 1932 rund 273 000, im Höhepunkt des Winters, in der Woche vom 25. bis 30. Januar 1932 rund 328 000.

Der „Deutsche“ bringt folgende Tabelle über die Unterstützungssätze der Kurzarbeiter. Die Zahlen in Klammern geben die bisherigen Unterstützungssätze an.

Lohnklasse	Anzahl von Arbeitstätten	Kurzarbeiter				
		ohne Zuschlagsberechtigten	mit 1 Angehörigen	mit 2 Angehörigen	mit 3 Angehörigen	mit 4 od. mehr Angehörigen
I	3	0,90 (1,00)	1,10 (1,20)	1,30 (1,40)	1,50 (1,55)	1,70 (1,70)
	4	2,00 (2,00)	2,30 (2,30)	2,60 (2,60)	3,00 (2,90)	3,40 (3,15)
	5	3,00 (3,00)	3,40 (3,40)	4,00 (3,80)	4,50 (4,20)	5,10 (4,60)
II	3	1,00	1,20	1,50	1,60	1,80
	4	2,40	2,80	3,20	3,60	4,00
	5	3,60	4,20	4,80	5,40	6,00
III	3	1,20	1,60	1,90	2,20	2,50
	4	2,70	3,40	4,00	4,80	5,40
	5	4,10	5,00	6,00	7,00	8,00
IV	3	1,50	2,30	3,00	3,70	4,50
	4	3,50	4,60	6,00	7,40	9,00
	5	5,00	7,00	9,00	11,00	13,50
V	3	2,00	2,80	3,50	4,30	5,00
	4	4,00	5,60	7,00	8,60	12,00
	5	6,00	8,50	11,50	13,00	17,00
IX	3	2,50	3,30	4,10	5,00	6,00
	4	(2,90)	(4,80)	(6,70)	(8,60)	(10,00)
	5	5,00	6,60	8,20	10,00	15,00
XI	3	(5,80)	(8,30)	(10,80)	(13,30)	(15,65)
	4	7,50	10,00	12,50	15,00	21,00
	5	—	(8,70)	(11,85)	(15,00)	18,15 (21,30)

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftf. Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

## Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

\*

MINNA SPECHT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probeummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge  
Mäntel  
Damen-Mäntel  
Kostüme

Tadelloser Sitz

Schönheit

MAGDEBURG  
O. v. Guerickestr.  
104, H. r. 1.

Stoffmuster  
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe

H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon: D 6 Wedding 2358  
Bel Vorzegl. d. Inserates 5 % Rabatt

Bürobedarfsartikel.

Reparaturen und Reliierung  
von Schreibmaschinen.

A. H. Timmermann.

Hamburg / Barckenstraße 6,  
Telephon: 25 83 42.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wirkt Abonnement!

Sammelt Anzeigen!

Bewirkt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte  
Zeitungen  
Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelaummer Pl. Moortplatz 5471



MAGDEBURG

Auch im Sommer

sind getrocknete Bananen ein ideales Nahrungsmittel, wohl-schmeckend und nahrhaft.

Post-Päckchen 4 Pfund brutto nur 3,— M, frei Haus.

Frischkost-Reformhaus  
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

BERLIN

# KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Ab 15. Juli:

G. W. Papst:

Kameradschaft

mit Ernst Busch, Alexander

Granach, Fritz Kampers.

„Im Schatten der Maschinen“.

Fox lösende Wochenschau.

## Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.

Von Helene Boyer.

52 Seiten. Geheftet 0,40 M

Aus den Presse-Urteilen:

„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 3. Juli 1932.

„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 136, vom 13. Juni 1932.

„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Geld-währung geben dem Leser fernerhin die Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Ver-suche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Ord-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschafts-politisch Interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 165, vom 17. Juni 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Postcheckkonto: Berlin 81 843.

## Weimarer Wohlfahrtserwerbslose protestieren.

(KAP) Anlässlich der Auszahlung der teilweise ganz erheblich gekürzten Unterstützungssätze der Wohlfahrtserwerbslosen in Weimar kam es in diesen Tagen zu spontanen Protesthandlungen der Erwerbslosen. Nachdem der Leiter des Wohlfahrtsamtes seine Unschuld an dem Abzug beteuert hatte, richtete sich die Empörung der Menge gegen den Oberbürgermeister Weimars. Er wurde auf der Straße vor seiner Wohnung von der erregten Menge umringt; dabei bekam er auch einige Schläge ab, welche allerdings harmlos waren; denn bald wurde er von der Polizei befreit. Die Wut der Menge richtete sich nun gegen die Lokale der Nazis; eine Fahne an einer Nazibuchhandlung wurde heruntergeholt, und ein Zeitungsaushängekasten wurde zertrümmert.

Die Polizei wurde in großer Menge eingesetzt, um die berechnete Empörung der zum Hungern verurteilten Erwerbslosen mit dem Gummiknüppel zu „besänftigen“.

Die Stadt sieht aus wie „unter Belagerungszustand“. Alle paar Meter stehen Polizeibeamte mit dem Gummiknüppel in der Hand; starke Patrouillen durchziehen die Innenstadt, Ueberfallwagen fahren umher.

In Langenselbold (Kreis Hanau) kam es zu Unruhen in einer Erwerbslosenversammlung. Die Polizei wollte die Versammlung wegen Behandlung politischer Fragen schließen. Darauf wurde sie — laut Polizeibericht — angegriffen und machte schließlich von der Schußwaffe Gebrauch. Zwei Frauen wurden getötet, ein Mann schwer verletzt, zwei Polizeibeamte erhielten schwere Hieb- und Stichverletzungen.

Das vierte Opfer der Explosion in der Brikettfabrik der Zeche Alstaden, der schwer verletzt darniederliegende Arbeiter Schulz, ist gestorben — eine Frau mit sechs Kindern hinterlassend.

Der Arbeiter Bank wurde getötet bei einer Explosion von Feuerwerkskörpern bei der Firma E. L. Meyer in Hildesheim.

## Zwei einander würdige Beschlüsse.

Die Gemeindeverwaltung von Theuern (Thüringen) hat Hitler zum Ehrenbürger ihrer Gemeinde ernannt. In der gleichen Sitzung wurde beschlossen, den Wohlfahrtserwerbslosen die Unterstützung unter die staatlichen Richtsätze zu kürzen. Ein Arbeitsloser, der bisher 39 Mark monatlich erhielt, erhält jetzt nur noch 21 Mark. Für Familien mit vier Kindern ist die Monatsunterstützung von 57 auf 30 Mark herabgesetzt worden.

## Aus den Hochschulen.

Rektor und Senat der Berliner Universität haben die für Donnerstag geplante Wiedereröffnung noch nicht vollzogen. Sie „waren der Ueberzeugung, daß die noch bestehende Erregung unter den Studenten einen geordneten Unterrichtsbetrieb nicht zuläßt“. Wir sind der Ueberzeugung, daß die noch bestehende Passivität des Rektors einen geordneten Unterrichtsbetrieb nicht zuläßt.

Am Montag hatte der Rektor, Geheimrat Lüders, vor 300 Vertretern aus 35 Nationen in der Aula der Berliner Universität einen Ferienkurs im Deutschen Institut für Ausländer eröffnet. „Dabei hatte er gesagt, er bekenne sich zu dem Ziel, das Wilhelm von Humboldt, ihr Gründer, der Universität Berlin vorgezeichnet habe: Streben nach Erkenntnis der Wahrheit. Und er hatte mit dem Wunsch geschlossen: das Gastverhältnis zu so viel ausländischen Studierenden möge zum gegenseitigen Verständnis und zum Wiederaufbau der Welt beitragen.“

Wortel

Andere Worte hörten sich in Königsberg die Rektoren der dortigen Hochschulen an, die auf dem 15. Deutschen Studententag zu Gast waren. Sie hörten, wie Schickert im sogenannten Rechenschaftsbericht des Vorstands der Deutschen Studentenschaft aus-

# Der Leipziger Sprengstoffprozeß im Spiegel eines Sprengstoffprozesses gegen Nazis.

Vier ehemalige Mitglieder der NSDAP standen wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz vor dem Erweiterten Schöffengericht Pirmasens. Dieser Prozeß ist deswegen interessant, weil er den eben abgeschlossenen Sprengstoffprozeß gegen die Kommunisten Rabenmüller und Genossen beleuchtet.

Der Angeklagte Eicke hatte sich im Herbst 1931 etwa 80 Sprengkörper verschafft, auch selber solche hergestellt. Seinen Mitangeklagten hatte er Sprengstoff zur Aufbewahrung übergeben.

Das Urteil: Zuchthausstrafen von ein bis zwei Jahren. Schon das ist ein enormer Unterschied gegenüber dem antikommunistischen Sprengstoffprozeß! Dessen Zuchthausurteile lauteten auf acht Jahre, sieben Jahre, sechs Jahre, vier Jahre u. s. w. In dem Prozeß gegen die Kommunisten hatte der Staatsanwalt erklärt, die Herstellung der Sprengkörper müsse ganz besonders hoch bestraft werden: acht Jahre Zuchthaus! Bei den Nazis werden sie billiger hergestellt.

In dem Prozeß gegen die Kommunisten wurde durchweg neben dem Zuchthaus auf Ehrverlust erkannt, bis zu zehn Jahren. Nicht so in dem Pirmasenser Prozeß; hier bescheinigte das Gericht den „einwandfreien Charakter der Angeklagten und das edle Motiv der Tat“. Dieses Motiv war: die Angeklagten „wollten dem Staat Hilfe leisten“ gegen den damals „allgemein erwarteten (?) großen Schlag der KPD“.

Es ist eine besonders freche Herausforderung der Arbeiter, mit diesem Urteil jetzt hervorzutreten, wo das Urteil gegen die Kommunisten noch in aller Erinnerung ist.

Nachtrag über die Personalien: Theodor Eicke, Kriminalkommissar, stellvertretender Leiter des Sicherheitsdienstes der IG-Farben (Werk Ludwigshafen), Führer der Standarte 10, die die SA und SS der Pfalz umfaßt. Das Material zur Sprengkörperfabrikation stammte großen Teils aus dem Werk der IG-Farben.

# Das souveräne Oesterreich.

## Die Anleihe.

M. S. Der Völkerbundsrat nahm am Freitag das Protokoll über die Anleihe an Oesterreich einstimmig mit Stimmenthaltung Deutschlands an.

Oesterreich erhält eine Anleihe bis zum Betrag von 300 Millionen Schilling (etwa 150 Millionen Mark).

Die Laufzeit der Anleihe beträgt 20 Jahre. Die Einkünfte aus der Anleihe sollen vor allem zur Rückzahlung der kurzfristigen Schulden dienen. Der Regierung wird ein Finanzberater beigegeben, den der Völkerbund stellt; alle drei Monate wird der Völkerbund einen Bericht erhalten über die Finanzreformen des österreichischen Staates.

## Die Präambel

Die Präambel (das Vorwort) zu dem neuen Finanzprotokoll fußt auf dem Völkerbundsprotokoll, das 1922 zwischen Oesterreich und dem Völkerbund vereinbart worden ist. Es übernimmt das darin enthaltene

Anschlußverbot Oesterreichs an Deutschland.

## Die Erklärung des deutschen Vertreters.

Der Vertreter Deutschlands, Göppert, gab die Erklärung ab, daß seine Regierung das Protokoll nicht unterzeichnen könne, da Deutschland 1922 nicht Mitglied des Völkerbundes gewesen sei und daher an jenen Verhandlungen nicht teilgenommen habe. Die Verknüpfung einer finanziellen Hilfsaktion mit politischen Bindungen sei für die deutsche Regierung unannehmbar.

Um jedoch die Anleihe nicht zu verhindern, enthalte sich Deutschland bei der Abstimmung der Stimme.

## Die Anleihe vor dem Nationalratsausschuß.

Als der Bundeskanzler Dollfuß das Genfer Ergebnis vor dem Hauptausschuß des Nationalrats in Wien zur Sprache brachte, griff der Führer der Sozialdemokraten Otto Bauer das neue Abkommen aufs schärfste an wegen des darin enthaltenen Anschlußverbotes und wegen der Haltung der deutschen Regierung, die in Genf kapituliert habe. Die Stimmenthaltung Göpperts sei ein leerer Protest gewesen. Er, Bauer, wundere sich nicht über dieses Verhalten.

Die Herren, die jetzt in Deutschland regieren, seien Vertreter der Klassen, die sich nie für Oesterreich interessiert hätten und in einem Anschluß Oesterreichs an

Deutschland immer nur „eine Verlängerung der bayerischen Front“ gesehen hatten, die ihnen jetzt wieder Schwierigkeiten bereite.

Bauer forderte genaue Einsicht in alles, was in Lausanne und Genf über das künftige Schicksal Oesterreichs ausgemacht sei. Es lägen bereits wieder Aeüßerungen Herriots vor, die zu Besorgungen Anlaß gäben.

Die Antwort von Dollfuß suchte nach Beruhigungen. Herriots Worte, die er in der Kammer über das Anschlußverbot geäußert haben soll, seien nicht schriftlich festgelegt. Es handele sich, wie er aus Paris erfahre, ohne Zweifel um „mißverständliche Interpretationen“ einer im Wortlaut nicht festgelegten Aeüßerung des französischen Ministerpräsidenten.

## Was wurde erreicht?

Für Oesterreich: Trotz des — aus Genf gemeldeten — „überschwänglichen Danks“ des österreichischen Delegierten für den inneren wirtschaftlichen Aufbau Oesterreichs so gut wie nichts: die Anleihe wird benutzt werden in erster Linie für die Abdeckung der kurzfristigen Auslandsschulden Oesterreichs, ferner für die Zinszahlung und Amortisation der früheren Völkerbundsanleihen.

Diese Hilfe, die vor allem eine Hilfe für die Gläubiger Oesterreichs ist, hat es bezahlt mit dem Verbot, sich an Deutschland anzuschließen, daß heißt dem Verbot der wirtschaftspolitischen Kleinstaaterei ein Ende zu machen.

Für Frankreich: Es hat seiner Furcht von Deutschland Rechnung getragen. Oesterreich bleibt getrennt — weil Frankreich es wünscht.

Für England: Es ist seinem neuen Freund Frankreich zur Seite getreten, weil es an sich am „Anschluß“ oder „Ab-schluß“ Oesterreichs wenig interessiert ist, um so mehr aber daran, die Rückzahlung seiner kurzfristigen Kredite sich durch die unterzeichnenden Mächte des neuen Protokolls garantieren zu lassen.

Für Deutschland: Eine neue Bestätigung, daß die europäischen Mächte unter der Führung Frankreichs bereit sind, Deutschland zu isolieren; daß die Regierung der „nationalen“ Konzentration selber bereit ist, Oesterreich außerhalb dieser Konzentration zu halten. Die Erklärungen Bauers werfen auf diesen Entschluß der deutschen Regierung ein helles Licht.

Alles in allem: Ein Handel ohne wirtschaftliche und politische Vernunft.

führte, daß „der Grundsatz (!) des Verbindungsstudententums mit dem politischen Grundsatz (!) des Nationalsozialismus auf einer Ebene geistiger Auseinandersetzung ringe“. Daß deutsche Hochschullehrer sich heute derartiges anhören, zeigt, daß ihre Ohren taub sind für das Stöhnen der Arbeiter unter den Kugeln und Messern der SA.

Zur Ehre der Studenten, die mit Opfern sich den Zugang zur Wissenschaft erkaufen, muß man sagen, daß die sogenannte Deutsche Studentenschaft nicht die Gesamtheit der deutschen Studenten vertritt.

Es gibt einen Kultusminister namens Grimme. Von ihm haben wir anlässlich der Universitätskandale dieser Tage nichts gehört — außer einer Nebenbemerkung im „Berliner Tageblatt“: zwischen dem Berliner Rektor und dem Unterrichtsministerium beständen Differenzen.

Ihr Verhalten zeigt trotz der Differenzen ein gemeinsames Merkmal: die Passivität.

## Letzte Gelegenheit zur Stimmlistenkontrolle:

Sonntag, den 17. Juli. In Berlin liegen die Listen am Sonntag von 10 bis 16 Uhr aus.

## Nationalsozialistisches Regierungsprogramm zur Organisierung des Krieges.

Der neue Nazi-Ministerpräsident Granzow trug im Landtag von Mecklenburg-Schwerin sein Regierungsprogramm vor. Es enthält unter anderen folgende Punkte, die systematisch durch den leitenden Gedanken der Vorbereitung des Krieges zusammenhängen: Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht; Förderung des Familien-„Gedankens“; Pflege des Wehrwillens in der männlichen Jugend; Erziehung der Jugend nur durch „deutsche“ Erzieher. Der frühere Ministerpräsident Eschenburg, jetzt einfacher deutschnationaler Abgeordneter, stellte sich in der Aussprache rückhaltlos hinter dieses Programm. Ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die neue Regierung wurde nur von den Sozialdemokraten unterstützt und mit den Stimmen der NS und Deutschnationalen abgelehnt.

## Neuwahl des Thüringer Landtags am 31. Juli.

Der Thüringer Landtag nahm einen Antrag auf befristete Auflösung zum 30. Juli mit den Stimmen sämtlicher Parteien bei Enthaltung der Deutschen Volkspartei an, nachdem die Regierung die Erklärung abgegeben hatte, in diesem Falle die Neuwahlen bereits für den 31. Juli auszuschreiben.

Einen einzelnen Minister einer geschäftsführenden Länderregierung kann der Landtag nicht abberufen. (Entscheidung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich anlässlich eines nationalsozialistischen Antrags auf Abberufung des hessischen sozialdemokratischen Innenministers Leuschner.)

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Mitte: Montag, den 18. Juli, 20 Uhr, „Hackescher Hof“, Rosenthaler Str. 40/41, Nähe Bahnhof Börse. Thema: Die Mobilisierung der Arbeiterwähler.

Frankfurt/Main: Mittwoch, 20. Juli, 20.15 Uhr, pünktlich im Volksbildungsheim. Thema: Die Reichstagswahl und das klassenbewußte Proletariat.

Köln: Freitag, 29. Juli, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Str. 5, I. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Köln-Deutz: Donnerstag, 21. Juli, 20.15 Uhr, Lokal Arenz, Siegburger Str. 60. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Köln-Sülz: Montag, 18. Juli, 20.15 Uhr, im Jugendheim, Zülpicher Str. 217. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache! Eintritt freil

Magdeburg: Mittwoch, 20. Juli, 20 Uhr, im Lokal P. Bleck (früher Lüchtfeld), Knochenhauerufer 27/28. Thema: Wer sabotiert die Einigung der Arbeiterschaft? Redner: Julius Philippson, Berlin, Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

# Wachsende Verschuldung der deutschen Landwirte.

Wie seit vier Jahren veröffentlicht auch in diesem Jahr die Rentenbank-Kreditanstalt eine Untersuchung über die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft. Für das Wirtschaftsjahr 1930/31 sind die Betriebsergebnisse von 4137 landwirtschaftlichen Betrieben verarbeitet, die sich auf die verschiedensten Gebiete und Größenklassen verteilen. Wir halten die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung hier fest.

Wenn man die untersuchten Betriebe nach der Verschuldung pro Hektar vergleicht, so ergibt sich, daß in Ostdeutschland die Verschuldung mit wachsender Betriebsgröße steigt bis zur Gruppe der Betriebe mit 200—400 Hektar; die Verschuldung der noch größeren Betriebe pro Hektar ist etwas geringer (wohl weil bei ihnen Waldboden, also minder wertvoller Boden, einen größeren Teil der Fläche ausmacht). In Westdeutschland steigt die Verschuldung mit wachsender Betriebsgröße bis zur Gruppe der Betriebe mit 100—200 Hektar.

Wenn man die Verschuldung in Prozenten des Einheitswertes mißt, ergibt sich ein treffenderes Bild: In Ostdeutschland hat die Gesamtverschuldung auch in den Kleinbetrieben 50 Prozent fast erreicht. Mit steigender Größenklasse klettert sie bis 75 Prozent empor, um in den größten Betrieben über 400 Hektar wieder auf 64 Prozent zu fallen. In Westdeutschland liegt die Gesamtverschuldung noch in allen Größenklassen unter 50 Prozent des Einheitswertes.

Die Verschuldung in Prozenten des Einheitswertes ist am höchsten in Ostpreußen mit 73 Prozent.

Norddeutschland folgt an zweiter Stelle mit 66 Prozent. Die niedrigste Verschuldung zeigt mit 33 Prozent des Einheitswertes das Wirtschaftsgebiet Rheinland—Südwestdeutschland.

Die Entwicklung der Verschuldung im Wirtschaftsjahre 1930/31 zeigt allgemein eine Zunahme der Verschuldung, die in beiden Wirtschaftsgebieten am größten ist in den Betrieben von 200—400 Hektar. Unter den Wirtschaftsgebieten erreichten Schlesien mit 44 Mark und Mitteldeutschland mit 36 Mark pro Hektar das größte Ausmaß des Anstiegens. — Naturgemäß weist das hochverschuldete Ostpreußen nur noch ein sehr schwaches Ansteigen von 3 Mark auf.

Während der Wirtschaftsjahre 1929/30 und 1930/31 war der Verschuldungszuwachs pro Hektar in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland. Seit 1928/29 ist der jährliche Verschuldungszuwachs pro Hektar in Ostdeutschland von 45 auf 24 Mark herabgegangen, in Westdeutschland nur von 32 auf 29 Mark. Ein Zeichen, daß die Agrarkrise auf den Westen übergreift!

## Zinsbelastung.

Wenn man eine Teilung nach Ost- und Westdeutschland vornimmt, so zeigt sich, daß pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche die Zinsbelastung in Ostdeutschland und Westdeutschland am höchsten in den Betrieben von 200 bis 400 Hektar ist. In Ostdeutschland beträgt die Zinsbelastung in dieser Größenklasse pro Hektar 61 Mark, das sind 5,8 Prozent des Einheitswertes von 1928, in Westdeutschland sogar 63,90 Mark oder 3,5 Prozent des Einheitswertes. Bei den kleineren Betrieben ist die Zinsbelastung niedriger, sie beträgt in der Größenklasse von 5 bis 20 Hektar in Ostdeutschland 44,20 Mark, in Westdeutschland 39,50 Mark. In Ost- und Westdeutschland steigt also entsprechend der Verschuldung der Zinsdienst von den kleinsten Betrieben bis zur Größe von 200—400 Hektar an, um in den größeren Betrieben über 400 Hektar dann wieder, auf die Flächeneinheit gerechnet, mehr oder weniger stark abzusinken.

Sieht man sich die Zinsbelastung in den einzelnen Wirtschaftsgebieten an, so steht Schlesien mit einer Belastung von 54,60 Mark pro Hektar an der Spitze, während Bayern mit 35,80 Mark die geringste Belastung aufzuweisen hat. Anders ist es dagegen, wenn man die Zinsbelastung in ein Verhältnis zum Einheitswert bringt, dabei marschieren Ostpreußen an der Spitze, dessen Zinsbelastung pro Hektar 5,4 Prozent des Einheitswertes ausmacht, ihm folgt Norddeutschland mit 5 Prozent, dann Schlesien mit 3,7 Prozent, während am günstigsten Mitteldeutschland und das Rheinland und Südwestdeutschland abschneiden, die nur 2,6 Prozent Zinsen aufzuweisen haben.

Seit die Rentenbank-Kreditanstalt ihre jährlichen Erhebungen über die Kreditlage der Landwirtschaft vornimmt, also seit vier Jahren, ist die Zinsbelastung in Mark pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche von Jahr zu Jahr gestiegen. Das zeigt die folgende Tabelle:

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31
Ostdeutschland	39,60	44,20	47,10	49,00
Westdeutschland	36,40	40,80	43,00	44,50

In Prozenten des Einheitswertes ist die Belastung folgendermaßen gestiegen:

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31
Ostdeutschland	3,7%	4,1%	4,4%	4,6%
Westdeutschland	2,2%	2,5%	2,6%	2,8%

1930/31 machte der Zinsdienst in Prozenten des Einheitswertes durchschnittlich aus:

in Ostpreußen	5,4%
in Norddeutschland	5,0%
in Schlesien	3,7%
in Bayern	3,0%
in Nordwestdeutschland	2,8%
in Mitteldeutschland	2,6%
in Rheinland/Südwestdeutschland	2,6%

## Zinsbelastung und Reinertrag.

In Ostdeutschland sind etwas über 70 Prozent, in Westdeutschland rund 65 Prozent der Betriebe nicht in der Lage gewesen, den Zinsdienst aus dem Reinertrag zu bestreiten.

Die Entwicklung der Betriebsergebnisse seit der Währungsstabilisierung wird durch das Verhältnis von Reinertrags- und Verlustbetrieben veranschaulicht. Von den durch die Buchführungserhebung des Deutschen Landwirtschaftsrats erfaßten Betrieben haben einen Reinertrag erzielt: 1928/29 69 Prozent, 1929/30 66 Prozent und 1930/31 nur noch 61 Prozent.

Mehr als ein Drittel der untersuchten Betriebe hat also im Wirtschaftsjahr 1930/31 keinen Reinertrag erzielt.

Dabei ist zu beachten, daß bei der Reinertragsberechnung der Zinsdienst für Leihkapital nicht berücksichtigt wird.

Um uns ein Bild von der Lage der Landwirtschaft machen zu können, müssen wir also die Feststellungen der Rentenbank-Kreditanstalt über das Verhältnis von Zinsdienst zum Reinertrag hinzunehmen: In den Gruppen mit einem günstigen Verhältnis von Zinsdienst und Reinertrag sind die kleinen Betriebe verhältnismäßig stark vertreten.

Zu der Gruppe, deren Zinsdienst weniger als 25 Prozent des Reinertrages ausmacht, gehören in Ostdeutschland 13,8 Prozent der Kleinbetriebe, 1 Prozent der Großbetriebe; Westdeutschland 15,9 Prozent der Kleinbetriebe, 3,7 Prozent der Großbetriebe.

In der Gruppe, deren Zinsdienst größer ist als der Reinertrag, sind die Betriebe von 100 bis 400 Hektar am stärksten vertreten.

Der Zinsdienst macht im Osten durchschnittlich 82 Prozent, im Westen 50 Prozent des Reinertrages aus.

## Die Gefahr für die Gläubiger.

Die Rentenbank-Kreditanstalt gibt einen Anhaltspunkt dafür, welche Schuldsummen in den deutschen landwirtschaftlichen Betrieben über 5 Hektar gefährdet sind: Die mit mehr als 60 Prozent des Einheitswertes verschuldeten Betriebe haben etwa 8 Milliarden Mark Schulden und eine landwirtschaftliche Nutzfläche von rund 7,5 Millionen Hektar. Die Gesamtverschuldung der deutschen Landwirte beträgt rund 12 Milliarden Mark. Da auch die Betriebe unter 5 Hektar Schulden haben und die Betriebe über 5 Hektar rund 21 Millionen Hektar bedecken, ist es sicher keine Uebertreibung, zu sagen:

Auf ein Drittel der Fläche entfallen zwei Drittel der Gesamtverschuldung.

Als besonders gefährdet muß man die folgenden Schuldsummen ansprechen: Die Betriebe, die mit mehr als 100 Prozent des Einheitswertes verschuldet sind, haben 2310 Millionen Mark Schulden. Die Betriebe, die mit mehr als 150 Prozent des Einheitswertes verschuldet sind, haben 1650 Millionen Mark Schulden.

H. H.

# Spanische und deutsche Großgrundbesitzer — Jacke wie Hose!

In einem Artikel über Mensch und Maschine bringt die große bürgerliche Zeitung von Barcelona „La Vanguardia“ unter anderem das Gespräch ihres Berichterstatters mit einem Großgrundeigentümer in der Provinz Cordoba. Der spanische Junker schüttet sein soziales Herz also aus:

„Mit zwanzig Mann und einigen Maschinen könnte ich dieses Gut bearbeiten. Aber man erlaubt es mir nicht. Ich muß mehr Arbeiter einstellen und hohe Löhne zahlen — Löhne von zwei Duros (10 Pesetas)! Mein Vater zahlte ihnen zwei Pesetas. Das waren noch gute Zeiten. Heute ist die Landwirtschaft eine Ruine, und dabei hört man, daß man uns enteignen will...“ „Man sagt — so fährt er fort — daß es eine Ungerechtigkeit sei, Latifundien zu besitzen. Warum denn eigentlich? Ich habe gelesen, daß der wissenschaftlich betriebene Großgrundbesitzer das letzte Wort des Landbaues sei... Warum läßt man mich nicht mit einigen Maschinen und zwanzig Arbeitern wirtschaften? — Kann ich denn mit meinem Eigentum nicht machen, was ich will?“

Der Berichterstatter sah sich genötigt, einige Einwendungen zu machen, und fragte nach der Zahl der Landeigentümer in dem betreffenden Ort. Der Großgrundbesitzer gestand nach kurzem Rechnen:

„Es ist richtig, daß sich etwa zehn Familien in vier Fünftel des ertragfähigen Bodens teilen. Das übrige Fünftel verteilt sich auf sehr viele.“

„Und wieviel Arbeiter zählt der Ort?“

„Etwas über 2000.“

„Auf diese Weise würden also, wenn die zehn Familien ihre Güter so bewirtschaften würden, wie sie es wünschen, nicht mehr als 200 Arbeiter gebraucht. Und was soll mit den anderen 1800 geschehen?“

Etwas verblüfft, überlegte er sich die Antwort.

„Mit den anderen, — mit den anderen, — die mögen in größere Orte gehen.“

„Da gibt es aber überflüssige Hände!“

„Dann muß eben die Regierung sehen...“

In der Tat, die Regierung möge sehen — sehen nämlich, wo der Krebsbissen der spanischen Wirtschaft liegt und wo der Hebel anzusetzen ist. In diesem Fall würden die zehn Familien freilich merkwürdige Dinge erleben, und unser Junker würde staunend feststellen, daß nicht nur keine Arbeiter fortzögen, sondern sich noch andere ansiedelten!

H. P. (Barcelona).

# Deutscher Ausfuhrüberschuß im ersten Halbjahr 1932: 600 Millionen Mark.

Deutscher Außenhandel.  
(In Millionen Mark.)

Monat M.-D.)	Insgesamt			Lebensmittel		Rohstoffe		Fertigwaren	
	Einl.	Ausf.)	Saldo	Einl.	Ausf.)	Einl.	Ausf.)	Einl.	Ausf.)
1913	898	841	- 57	234	89	523	190	116	562
1927	1186	900	-286	361	87	599	217	212	644
1928	1167	1023	-144	349	52	602	229	204	740
1929	1121	1124	+ 3	319	58	600	244	189	819
1930	868	1003	+137	247	40	459	204	150	753
1931	560	800	+240	164	30	289	151	102	615
1931 Jan.	715	775	+ 60	217	27	374	170	116	575
1931 Feb.	620	778	+158	172	24	331	160	113	591
1931 März	584	867	+283	171	29	297	172	111	662
1931 April	679	818	+139	192	33	387	160	115	620
1931 Mai	599	783	+184	171	30	311	154	113	593
1931 Juni	607	747	+140	167	25	322	150	114	566
1932 Jan.	440	542	+102	141	22	221	102	75	417
1932 Feb.	441	538	+ 97	133	16	230	97	76	424
1932 März	364	527	+163	113	16	188	93	60	417
1932 April	427	481	+ 54	143	15	220	88	62	372
1932 Mai	351	447	+ 96	116	12	176	78	57	356
1932 Juni	364	454	+ 90	128	11	176	80	58	362

1) Monats-Durchschnitte.

2) Einschließlich Reparationslieferungen.

Der deutsche Ausfuhrüberschuß beträgt im Juni 90 Millionen Mark gegenüber 96 Millionen Mark im Mai. Er ist wesentlich geringer als im Juni vorigen Jahres, wo er 140 Millionen Mark betrug.

Die Ausfuhr ist gestiegen von 447 Millionen Mark im Mai auf 454 Millionen Mark im Juni. Das ist eine wertmäßige Steigerung um 1,6 Prozent. Infolge der fallenden Warenpreise ist die mengenmäßige Zunahme der Ausfuhr von Mai auf Juni größer als die wertmäßige; sie beträgt 5 Prozent. Diese Zunahme der Ausfuhr ist außergewöhnlich:

in den letztvergangenen Jahren ist die Ausfuhr im Juni sowohl dem Werte als auch der Menge nach hinter der Mai-Ausfuhr zurückgeblieben. — Den größten Anteil an der Ausfuhrsteigerung weisen die Fertigwaren auf, von denen für 6 Millionen Mark mehr ausgeführt wurden als im Vormonat.

Die Einfuhr ist von Mai auf Juni um 13 Millionen Mark gestiegen. Die Steigerung beruht fast ausschließlich auf größeren Weizenlieferungen, die vorgenommen wurden, um die bis zum 1. Juli geltenden Zollerleichterungen auszunützen. Infolge der sinkenden Warenpreise ist bei allen Warengruppen die Zunahme der Einfuhrmengen größer als die des Wertes der Einfuhr. So ist die Lebensmitteleinfuhr mengenmäßig um 12,3 Prozent gestiegen, wertmäßig um 10,6 Prozent. Die entsprechenden Ziffern für die Fertigwareneinfuhr lauten: 5,2 und 1,9 Prozent; für die Rohstoffeinfuhr: 3,7 und 0,1 Prozent.

Eine Vergleichung des deutschen Außenhandels im ersten Halbjahr 1932 mit dem im ersten Halbjahr 1931 zeigt, daß die Handelspolitiker in bezug auf Drosselung des Außenhandels schon allerhand erreicht haben:

	1931	1932
	(Millionen Mark)	
Einfuhr	3 804	2 387
Ausfuhr	4 768	2 989
Ausfuhrüberschuß	964	602

Eine wertmäßige Schrumpfung von Ein- und Ausfuhr um 37 Prozent! Mengenmäßig ist das Ausmaß der Schrumpfung sehr ungleichmäßig: Die Einfuhrmenge ist um 15 Prozent zurückgegangen, die Ausfuhrmenge um 26 Prozent. Unter den Einfuhrposten ist die Menge der Lebensmittel am wenigsten gesunken, — nur um 3 Prozent. Die Rohstoffeinfuhr ist mengenmäßig um 16 Prozent zurückgegangen.

Das sind erschreckende Zahlen. Wenn man sich jedoch die Unmenge von Maßnahmen vor Augen führt, die dazu dienen sollen, den Außenhandel zu drosseln, kann man nur immer wieder sagen: Es ist erstaunlich, daß die Handelspolitiker noch nicht mehr erreicht haben, daß der Außenhandel noch nicht mehr geschrumpft ist.

Bey.

# Hugenbergs Kritik an Agrar-Subventionen.

Der Hugenbergsche „Tag“ brachte am 1. Juli unter der Ueberschrift „Kostspielige Stützungen“ folgende Meldung seines New Yorker Korrespondenten: „Welche ungeheuren Verluste den amerikanischen Steuerzahlern durch die Gründung des Bundesfarmamtes, das die Aufgabe hat, die Preise von Weizen und Baumwolle zu stabilisieren, verursacht wurden, geht daraus hervor, daß diese Organisation seit drei Jahren täglich rund 500 000 Dollar verlor.“

Rechnen wir nach, was ein Hugenberg-Redakteur „kostspielige Stützungen“ nennt, — wenn es sich in den USA abspielt! Täglich 500 000 Dollar, das sind im Jahr 182,5 Millionen Dollar oder 766,5 Millionen Mark. Das Verschwinden von so großen Mitteln zur Getreide- und Baumwollpreisstützung verurteilen auch wir. Wir verurteilen aber erst recht, daß das viel ärmere Deutschland es sich leistet, zur Stützung seiner Landwirtschaft jährlich 3 bis 4 Milliarden Mark zum Fenster hinaus, das heißt: nach Ostelbien hinein zu werfen!

# Margarinesteuer?

Eine bauernfeindliche Maßnahme!

Der Landbund fordert eine Steuer auf Margarine und stellt den Bauern als Folge einer solchen Steuer in Aussicht, daß sie mehr Butter verkaufen.

Es ist kaum anzunehmen, daß man Margarine so hoch versteuern wird, daß ihr Preis dem Butterpreis gleichkommt. Solange man das aber nicht erreicht, werden weite Schichten der Bevölkerung eben doch weiter wie bisher Margarine statt Butter kaufen. Ja, diejenigen Personen, die bisher neben Margarine auch Butter kauften, werden nach Verteuerung der Margarine weniger Butter kaufen. Auch für andere bäuerliche Produkte werden sich weniger Geld übrig haben.

Aber noch in anderer Hinsicht würde eine Margarinesteuer dem Bauern schaden, und zwar gerade umso mehr, je wirksamer sie die Margarine-Produktion eindämmt. Der „Deutsche Volkswirt“ weist mit Recht darauf hin, daß von der deutschen Einfuhr an Oelfrüchten ein bedeutender Teil zur Margarineherstellung verwandt wird, und daß das Abfallprodukt der Margarine-Produktion zugleich das wichtigste Kraftfutter für Milchvieh ist: Oelkuchen. Wer die Margarine-Produktion erschwert, erschwert also gleichzeitig die Milch- und damit die Butter-Produktion.

— t.